

Für eine gemeinsame österreichische Schulverwaltung und Ausweitung der Modellregionen.

Eine Absage der ÖLI-UG und UGÖD zu den vorliegenden Schulverwaltungsreformplänen von Bund und Ländern:

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen fordern eine Überarbeitung des vorliegenden Regierungspapiers und ein Nachbessern beim „Bildungsreformpaket“ insbesondere bei den Themen Schulverwaltung neu, Modellregionen, Elementarbildung und Schulautonomie.

Sowohl die Schulverwaltung NEU als auch die im Regierungsvorschlag mit 15 Prozent pro Land und Schulart limitierten Modellregionen kann von SPÖ und ÖVP nicht im Alleingang beschlossen werden. Dazu ist eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erforderlich. Die FPÖ hat jede Zusammenarbeit mit der Regierung abgelehnt, anders die Grünen – die fordern seit Jahren sozial wirksame, demokratische und kinderfreundliche Reformen, werden deshalb dem Regierungspapier in seiner am 17. November vorgelegten Form nicht zustimmen können, meint UGÖD-Vorsitzender Reinhart Sellner.

Neuer Name, alte Machtverhältnisse

Alteingesessene Machtinteressen von ÖVP-Landeshauptmännern und Landes-Parteien bleiben auch unter dem neuen Namen „Bildungsdirektion“ unangetastet. Dagegen wäre die Abrechnung der Bundes- und LandeslehrerInnen durch das Bundesrechenzentrum als begrüßenswerter erster Schritt aus der föderalen Doppel- und Mehrgleisigkeit zu sehen. Sellner weiß auch aus eigener Erfahrung als AHS-Lehrer und Versuchsschullehrer an einer Hauptschule: „Eine gemeinsame Verwaltung der LehrerInnen erleichtert die Zusammenarbeit über die Schultypen hinweg, LehrerInnenkooperation, regional organisiertes zusätzliches Unterstützungspersonal, Flüchtlingshilfe und vieles mehr.“

Für die Modellregionen in Vorarlberg, Tirol und Wien braucht es eine flächendeckende gemeinsame Schulverwaltung und keine Prozentklausel. Die 15 Prozent machen aus dem ist „Modell-Region-Paket“ ein Verhinderungspaket. Damit wollen ÖVP-Standespolitiker und FCG-LehrerInnengewerkschafter die flächendeckende Einführung von Gesamtschulmodellen in Vorarlberg und Wien verhindern. Denn in diesen Gesamtschulregionen würde das Nebeneinander von Neuer-Mittel-Schule-Hauptschulen und AHS-Unterstufen tatsächlich aufgehoben. Für einen sozial integrativen und alle Kinder fördernden Unterricht ist die Überwindung der, in den Schulgesetzen von 1962 bis heute fixierten Zweiklassenschule unumgänglich. Wir schreiben 2015, es ist höchste Zeit.

Für eine gemeinsame LehrerInnen-Personalvertretung und Gewerkschaft

„Zur erfolgreichen Bewältigung ihrer gestellten Aufgabe benötigen LehrerInnen gute Arbeitsbedingungen und eine gemeinsame Personalvertretung aller LehrerInnen.“, betont Reinhart Sellner von der UGÖD, „Durch das herrschende unterschiedliche Recht werden aber zwischen allgemeinbildenden LandespflichtschullehrerInnen und AHS-LehrerInnen, zwischen Berufsschul- und BMHS-LehrerInnen und LandwirtschaftslehrerInnen Trennlinien gezogen. Die pädagogische Zusammenarbeit und die gemeinsame Vertretung der ArbeitnehmerInnen-Interessen an der Schule, in der Region und bundesweit werden behindert.“

An der von den Unabhängigen GewerkschafterInnen der ÖLI-UG geforderten gemeinsamen GÖD-LehrerInnengewerkschaft anstelle von fünf nebeneinander her agierenden LehrerInnengewerkschaften führt kein Weg vorbei.

Rückfragen: reinhart.sellner@gmx.at – 0676 3437521, fuchsbauer@oeli-ug.at – 0680 2124350